

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Verlag
Verlagsnummer 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich 30,- M., vierteljährlich 90,- M.
Die 10 tägige 32 mm breite Zeile 7,- M., außerhalb Sachsen 8,- M. Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10 tägige 10,- M. und Ver-
träge die Zeile 5,- M. Bezugsgebühren laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen
Vorauszahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1,- M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neufuss & Kelsch in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Verdruck nur mit deutlicher Querschnitts- („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks
Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Ellasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren
Stahlwänden unter Verschluss des Mieters
und Mitverschluss der Bank.

Das Hin und Her über die Getreideumlage.

Die Regierungsvorlage und sämtliche Anträge abgelehnt.

Die Verhandlungen im Reichstagsausschuss.
(Drahtmeldung unserer Dresdner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Juni. Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft legte die Beratung der Getreideumlage fort, nachdem der gestern eingehende Unterausschuss zu seinem bestimmten Ergebnis über die Preisfrage und die Höhe des Umlagebeitrags des Umlagegetreides gekommen war. Der Antrag der Rechten auf Ablehnung des Umlageverfahrens und Einführung der freien Wirtschaft wurde mit 10 gegen 10 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei auf Erhöhung der Umlage auf 1/2 Millionen Tonnen wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Rechtspartei auf 1 1/2 Millionen Tonnen, desgleichen der Antrag Dr. Heim auf 2 Millionen Tonnen, schließlich auch die Regierungsvorlage. Sämtliche Ablehnungen erfolgten mit Stimmenmehrheit von 11 zu 11 Stimmen, unter Stimmenthaltung von Mitgliedern des Zentrums und der Demokraten.

Darauf beantragten die sozialdemokratischen Parteien Vertagung des Ausschusses, um in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Abg. Kappeler erklärte, daß die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Augenblick sich an der Weiterberatung nicht beteiligen würden. — Reichsernährungsminister Dr. Fehr empfahl Fortsetzung der sachlichen ersten Lesung, um alle Streitpunkte zu klären, und dann in zweiter Lesung endgültig Stellung zu nehmen. — Abg. Herard (Z.) erklärte, daß Preisfrage und Umlagefrage so eng zusammenhängen, daß vor der endgültigen Abstimmung hierüber Klarheit bestehen müsse. — Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen, um für Verhandlungen unter den Regierungsparteien Zeit zu gewinnen. Ueber das Ergebnis soll heute nachmittag um 5 Uhr berichtet werden.

Die Botschafterkonferenz gegen den Anschluß Oesterreichs.

Paris, 22. Juni. (Hanns.) Die Botschafterkonferenz trat heute Vormittag zusammen und stellte den Vorfall einer Note fest, die an die deutsche Regierung als Protest gegen die Rede des Reichspräsidenten Goebbels für eine Verbindung Oesterreichs mit Deutschland abgeschickt worden soll. (W.T.B.)

Rußland und die Haager Konferenz.

Die Grundfragen nach russischer Auffassung.
(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
London, 22. Juni. Die russische Handelsdelegation veröffentlicht folgendes Telegramm aus Moskau: Witwinow hat die Themen der Haager Konferenz mit einem Mitarbeiter der „Jornetika“ besprochen. Witwinow ist der Ansicht, daß Wenna endgültig die gesamten Prinzipienfragen geregelt hat und daß die Haager Konferenz nur die konkreten Finanzfragen behandeln könne. Es scheint insofern, daß diese Konferenz nur unter folgenden Bedingungen zu einem Erfolg führen könnte: 1. Man müsse einen Bankier finden, mit dem man Kredite in forreter und bindender Form abschließen könne. Wenn die Regierungen, die einen solchen Kontrakt abschließen, nicht selbst als Bankiers auftreten könnten, dann müßten sie einen solchen stellen; 2. müßten die genannten Regierungen unabhängig von Amerika und Frankreich handeln, die offensichtlich allen Abkommen entgegenstehen; 3. müßten die sowjetfeindlichen Regierungen in vollem Umfang den ersten Punkt der Resolution von Cannes anerkennen mit allem was er enthält, und sie müßten die Souveränität der Sowjets anerkennen. Die anderen vorliegenden Streitpunkte würden sich dann leichter regeln lassen, wenn diese Grundfragen erledigt seien. Für jeden Fall, schloß Witwinow, bezieht sich die russische Delegation auf die Haager Konferenz, um die Souveränität des proletarischen Staates zu verteidigen, die sie durch die Resolution in Wenna erworben hat.

Ein französischer Vorschlag im Haag abgelehnt.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Paris, 23. Juni. Der französische Vorschlag, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu senden, ist, wie jetzt bekannt wird, von England endgültig abgelehnt worden. Auch die italienische Regierung hat in dieser Frage den ablehnenden Standpunkt Großbritanniens angenommen. Infolgedessen wird die französische Regierung davon absehen müssen, den Antrag auf Entsendung einer Untersuchungskommission nach Rußland auf der Haager Konferenz den Mächten zu unterbreiten.

Die Verteidiger der Sozialrevolutionäre gegen das Moskauer Revolutionstribunal.

Frankfurt, 22. Juni. Wie die „Frankf. Na.“ aus Moskau meldet, sind dort gestern aus Moskau die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre Randerweld, Liebknecht und Rosenfeld eingetroffen, die mit Zustimmung der Angeklagten die Verteidigung übernehmen haben. Sie erließen folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft der ganzen Welt:

Eine Erklärung Goebels.

Berlin, 23. Juni. Zu der Note der Botschafterkonferenz gegen den Reichspräsidenten Goebbels erklärte Goebbels einem Mitarbeiter der „N. N.“: In allen meinen Reden habe ich den legalen Weg der Annahme des Völkerbundes in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain über den Anschlußbedanken empfohlen. Ich denke nicht daran, zurückzuweichen, weil ich eine Sonderexistenz Oesterreichs in seinem jetzigen territorialen Umfang für unmöglich halte und weil jede Aenderung dieser heutigen unmöglichen Lage bei dem abioten deutschen Charakter der Bevölkerung Oesterreichs nur in einem Anschluß an Deutschland bestehen kann. Ich halte übrigens diese ganze Werbung für sehr unwahrscheinlich, weil ich der Botschafterkonferenz für meine Reden nicht verantwortlich bin und für eine Zensur über Reden des Präsidenten des deutschen Reichstages nicht aufstehe.

Drohender Beamtenausstand in Wien.

Die Blätter melden aus Wien: Die Technische Union, die 10 000 Telegraphen- und Telefonbediente umfaßt, hat beschlossen, falls bis heute ihre Forderungen von der Regierung nicht bewilligt werden, in den Ausstand zu treten. Es wird befürchtet, daß auch andere Beamtengruppen die Gehaltsanpassung an den Lebenshaltungszustand mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen werden.

Die deutsche Seringsfischerei stillgelegt.

Berlin, 23. Juni. Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind sämtliche Kapitäne und Steuerleute der Seringsfischerei im Unterelbe, Unterweser- und ostfriesischen Gebiet von den Behörden entlassen worden, nachdem sie einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums über die Lohnfrage abgelehnt hatten. Da auch die übrigen Mannschaften entlassen werden müssen, liegt die gesamte deutsche Seringsfischerei still.

Die neue Umlage am Rhein.

Als Wörder der Frieda Gude's aus Adheim in, wie aus Frankreich gemeldet wird, ein marokkanischer Soldat der Adheimer Garnison ermordet worden. Er war vor einigen Tagen wegen Geistesgehrtheit in ein Mainzer Lazarett eingeliefert worden. Nachdem er nach Adheim zurückgeführt war, hat er die Wunde eingestochen.

Das Attentat auf Feldmarschall Wilson.

London, 22. Juni. (Reuter.) Feldmarschall Wilson kam in Kabiniform von der Entlassung des Kriegerdienstes beim Nahhause Liverpool in einer Kraftloske zurück, als beim Aussteigen ein junger Irlander Revolver auf ihn abgab. Wilson blühte sich, ließ elfig die Stufen hinauf und verlor die Tür mit einem Hauswächter zu öffnen, als eine Kugel seinen Kopf traf und ihn tot niederstreckte. Die Täter liefen die Straße hinunter und feuerten ihre Revolver ab, wobei drei Polizisten und ein Zivilist schwer verwundet wurden. Der eine Polizist ist, wie bereits gemeldet wurde, im Krankenhaus gestorben. Wilson stand schon seit einiger Zeit unter polizeilichem Schutze, da ein Anschlag auf ihn befürchtet wurde. Polizei befand sich auch vor seiner Wohnung, als der Mord geschah. (W.T.B.)

Die irische Extremisten als Urheber?

London, 22. Juni. Ein kurzes Telegramm aus Belfast teilt mit, daß die Ermordung des Feldmarschalls Wilson eine unbeschreibliche Schrecken hervorgegerufen hat. Marschall Wilson verlor nicht nur mehr als James Craig und Lord Pearson die Treue der Protestanten Nordwestirlands gegenüber der englischen Krone. Er war immer absolut abgeneigt, sich den Forderungen der irischen Republikaner zu beugen und hat Lloyd George den augenblicklichen Vertrag mit Irland als eine Kompensation gegenüber den Sinnfeinern vorgeschrieben.

Leipziger Gewerkschaftskongress.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Leipzig, 23. Juni. Die Freitagssitzung begann mit der Aussprache über den Vortrag „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“. Die Kommunisten begründeten eine umfangreiche Entschließung, in der die Arbeitsgemeinschaften abgelehnt werden, da sie für das Unternehmertum ein Mittel zur Wiederherstellung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse darstellen, und ein Mittel, um die faktische Leitung der Wirtschaft an sich zu reißen. Durch den revolutionären Klassenkampf müsse die Arbeiterschaft die Leitung der Wirtschaft ergreifen. Pöhlmann-Stuttgart (Metallarbeiter) befürwortete den Austritt aller Gewerkschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft, damit aller Streit ein Ende nehme. Das beste Mittel im Kampfe gegen die Unternehmer seien Wirtschaftskennnisse. Das Schwerkgewicht müsse auf die Einführung der selbständigen Arbeiterräte gelegt werden. — Scholz-Landesbut (Textilarbeiter) sprach für die Annahme der kommunistischen Entschließung. — Das Bundesvorstandsmitglied Bruno-Frankfurt a. M. wandte sich gegen die unfruchtbar Kritik. Man hätte lieber positiv mitarbeiten sollen. — Simon-Nürnberg tritt in seinem Schlusswort für den Austritt der Gewerkschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft ein, da diese für die positive Arbeit unfruchtbar sei. — Wiffel erklärt: Wir wollen keine Verschleierung der Klassengegnung, aber wir wollen auch die Aufgaben lösen, die sich durch die Organisationen nicht lösen lassen. (Lebhafter Beifall.) Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wurde zu den Abstimmungen geschritten.

Wie in Versailles um Deutschland gehandelt wurde.

Wahloste englische und französische Reparationsansprüche.
Berlin, 22. Juni. Ein Pariser und ein amerikanisches Blatt veröffentlichten einen Artikel des früheren Finanzberaters des Präsidenten Wilson, des Bankiers Baruch, der an den Versailler Friedensverhandlungen als Spezialist für wirtschaftliche Friedensbestimmungen teilgenommen hat. Baruch schreibt, England habe zuerst vorgeschlagen, daß Deutschland auch die Zahlungen der Pensionen und sonstigen persönlichen Zuwendungen vorzunehmen habe. Die Engländer hätten dabei übertriebene Forderungen aufgestellt und die anderen Verbündeten, vor allem Frankreich, davon überzeugt, daß Deutschland eine riesige Summe zahlen könne. Diese Versicherungen hätten zur Folge gehabt, daß der Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens mit den Pensionen vermerkt wurde. Dadurch sei die Anhebung einer vernünftigen Summe für die Wiederaufmachung verhindert worden. Die amerikanischen Sachverständigen hätten Deutschlands Leistungsfähigkeit in Versailles auf 15 Milliarden Dollar angesetzt. Da von diesen etwa 3 Milliarden bereits bezahlt gewesen seien, so hätte Deutschland noch 12 Milliarden zu zahlen gehabt mit 2 1/2 Proz. Zinsen für fünf Jahre und später 5 Proz. und 1 Proz. Amortisation. Die Franzosen hätten jetzt entsetzt, daß die Einbeziehung der Pensionen im Falle einer Verabreichung der deutschen Schuld England einen sehr beträchtlichen Teil der Zahlungen Deutschlands aufzehrte, während der Anteil Frankreichs nicht mehr zur Deckung der Kosten des Wiederaufbaues ausreichen würde. Baruch glaubt, daß Frankreich die Verabreichung der deutschen Schuld annehmen würde, wenn es sich gegen einen neuen deutschen Angriff geschützt fände.

Eine internationale Anleihe

sei zurzeit nicht möglich, da niemand Deutschland Geld leihen könne, so lange seine Zukunft ungewiß sei. Vor allem müsse Deutschland erfahren, wie viel es zu zahlen habe. Es sei schwer, das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß Deutschland 10 Milliarden zahlen könne, die Verbündeten aber nicht in der Lage seien, ihre Schulden bei Amerika abzutragen. Solange die deutsche Schuld nicht auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt sei, mache der Vorstoß der Ozeanfahrer der Ententegegnung in Amerika den Eindruck, daß die Verbündeten das amerikanische Volk nicht ernähmen, sondern nur die Taschen der Amerikaner plündern wollten. Zuerst müßte also die Entente mit der Verabreichung der deutschen Schuld selbständig vorgehen.

England verzichtet nicht auf seine Forderungen an Frankreich.

London, 23. Juni. In einer Erklärung über die Frage der interalliierten Schulden sagte Lloyd George im Unterhause, die französische Regierung habe keineswegs den Versuch gemacht, die Frage der Annulierung ihrer Schulden in England aufzuwerfen. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß die englischen Steuerzahler nicht auf diese Großbritanniens vom Auslande geschuldeten Summen verzichten könnten. Aus diesem Grunde habe die englische Regierung bereits die Regierungen, denen England Geld geliehen habe, davon benachrichtigt, daß England es sich vorbehalte, vom nächsten Oktober ab die Zahlung der Zinsen in Wertpapieren zu fordern. (W.T.B.)

Die Räumung Oberschlesiens.

Königsbütte, 23. Juni. Die Uebergabe der Stadt Königsbütte an die polnischen Behörden erfolgte gestern reibungslos. Der Einsatz des polnischen Militärs findet heute statt. (W.T.B.)